

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen für die
Bereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Fueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haß,
S. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Reg. Sachsen
u. Herz. Sachsen-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Veranstaltungen betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 45.

Sonntag, 19. April.

1874.

Bei Fuß Gewehr!

Berlin, 15. April.

Wir haben von Soldaten schon oft schildern hören, daß mehr
Mannesmut und Selbsterleugnung dazu gehöre, im Angesicht
des Feindes und seinen Geschossen auszusetzt, „bei Fuß Gewehr“
in Reich und Glied auszuhalten, als füglich in der heißen Schlacht
zu freiten und wir haben hier in der kurzen parlamentarischen
Campagne (seit 5. Februar) öfter als uns lieb war, in dieser Hin-
sicht die Feuerprobe bestanden müssen.

Unsere früheren Berichte melden darüber Ausführliches und
wir ergänzen dieselben heute nur, um das Handbuch des „natio-
nalen Parlamentarismus“ mit einigen nach mehreren Seiten hin
lehrreichen Beweisen weiter zu bereichern, aus denen erhellt, daß
diese Einrichtung in der That verdient, in ihrer dermaligen Be-
schaffenheit so bald als möglich abgethan zu werden.

Ueber das Recht der Minoritäten, gegenüber von Majoritäten
im Allgemeinen zu sprechen, unterlassen wir, da voranzusetzen
bleibt, daß nachfolgende Thatsachen berechtigt sind, als alle möglichen
sonstigen Auseinandersetzungen.

Und lebhaft erinnern wir uns in diesem Augenblicke der Worte
eines verstorbenen Freundes, der zu sagen pflegte: Es gibt beim
heutigen Parlamentarismus nur ein Hauptverbrechen und das ist
das, in der Minorität zu sein. So lange es aber obendrein
Majoritäten gibt, die prinzipiellen Alles als einen Greuel behan-
deln, was sie an ihre Schwäche erinnern, oder nach außen hin
Zugeständnisse ablegen könnten, so lange wird es Minoritäten
geben, welche gleich der unstrigen tod- oder niederdisponirt werden,
dafür sie die gefährliche Eigenschaft an sich tragen, mit augen-
sichtlich herrschenden und gefeierten Ansichten im schroffsten Wider-
spruch zu stehen.

Wir waren seit unserm Hierein bemüht, dem Verhalten der
Reichstags mit Hilfe einer diktatorischen Geschäftsordnung, wie
herrschenden Majorität die rosthige Seite abzugewinnen, wir
suchten uns in allen denkbaren Beziehungen nach der Dede zu
wenden, aber es geht uns heute noch wie dem Manne, dem's zu
Herzen ging, daß ihm der Zopf nach hinten hing; wir dreh'n
uns rechts, wir dreh'n uns links, der Zopf — der hängt nach
hinten.

Der liberale Zopf einer absolutistischen Geschäftsordnung, die
uns im Reichstage aufgestülpt ward.

Warum sprechen unsere Leute im Reichstage nicht? Das ist
die erwartungsvolle Frage, die an manchen unserer Genossen ge-
richtet wurde, und Antwort darauf ist zum Theil schon im Partei-
organ gegeben worden.

Warum können aber unsere Leute im Reichstage nicht zu jeder
Vorlage das Wort verlangen? Das ist eine andere Frage, die
wir hier kurz berühren müssen und deren Beantwortung hoffentlich
allseitige Klarheit und Fühlung herstellen wird.

Die Sozialdemokraten nationaler Richtung haben eine an-
dere Taktik als diejenigen, welche den Internationalen in ihren
Prinzipien vorgeschrieben ist. Während die Ersteren der Ansicht
sind, daß es zunächst gelte, direkt und auch als voranschreitend ob-
stragante Minoritäten theilzunehmen an Parlamenten und An-
tragstellen, somit auch ein Stück Verantwortung an den Resultaten
und Folgen der heutigen Gesetzgebung zu übernehmen, während
dieser sind wir gemeint, daß unsern Abgeordneten die Aufgabe zu-
fallen, unter den gegebenen Verhältnissen Nichts zu unternehmen,
was einer Bemängelung oder Beschönigung der heutigen Zustände
in Deutschland nach außen oder innen gleich käme; mit dem heu-
tigen Absolutismus und Liberalismus nicht zu handeln und zu
aktivem und dadurch den Abläuterungsprozess unserer politischen
und sozialen Zustände nicht künstlich anzuhalten. Nachdem für
uns, wie für jeden Sozialisten feststeht, daß die Grundsätze der
heutigen Wertherzeugung, des Tausches und des wirtschaftlichen
Verkehrslebens gänzlich unhaltbar, daß die heutige Gesetzgebung
und Politik lediglich auf den Zweck abzielt, wissenschaftlich oder un-
wissenschaftlich Zustände zu verlängern, unter denen das Hinsieden des
Gesellschaftskörpers nicht verhindert, sondern nur verdeckt und so-
mit verschlimmert werden kann; nachdem ferner der Parla-
mentarismus als ein Mittel erwiesen ist, durch welches die Minorität
der Gesellschaft, d. h. die alle Staatsgewalt und Genusmittel be-
hauptenden höheren Klassen in ihren Klasseninteressen und entgegen
den Interessen der weitaus größeren Mehrheit in Gesellschaft und
Staat, die letztere unter dem Scheine des Rechtes beherrscht und
ausbeutet, haben wir nach unserm Dafürhalten die Pflicht, den
Grundlag der Unrennbarkeit der politischen und sozialen Frage
überall praktisch zur Geltung zu bringen; also gegen Alles Stellung
zu nehmen, was die klare Erkenntnis der Umstände zu ver-
hindern im Stande wäre. Hieraus erhellt nun unzweifelhaft, daß
unsere Abgeordneten im Reichstage darauf angewiesen sind, eine
vorwiegend abwehrende Stellung einzunehmen und nur dann po-
sitiv einzugreifen, wenn die Bürgerpflicht ganzer Maßregeln zur
Erfüllung in der Gesetzgebung gegeben sind. Diese aber vermag nur
eine sozialistische Majorität im Reichstage zu bieten, und die neueste
Praxis des Präsidiums bei Gelegenheit der zweiten Lesung des
Militärgesetzes beweist uns abermals, daß man in Berlin keines-
wegs gemeint ist, selbst bei den wichtigsten Gesetzesvorlagen For-
derungen in Rücksicht zu ziehen, welche die sozialistische Minorität
stellen hätte. Ja, wir behaupten jetzt, nach der abermalig
soßigen Bemühung unserer Abgeordneten, zum § 1 des
Militärgesetzes, welcher die Bewilligung des Friedenspräsen-
zandes des Reichsheeres behandelt, in der Montag- und Dienstag-
ung zum Worte zu gelangen, um ihre wirtschaftlichen und
politischen Standpunkte der Gesetzesvorlage und dem berühmten

Compromiß der Nationalen gegenüber zu kennzeichnen, — daß die
nationale Majorität des Reichstags mit Sorgfalt zu verhindern
sucht, daß unsere Prinzipien bei Fragen von sozialer und politischer
Tragweite zum Vortrage gelangen.

Die Abgeordneten Motteler und Most waren, wie Augen-
zeugen bestätigen können, am Montag und Dienstag unter den
Allerersten, wenn nicht die Ersten, die sich zum Worte gemeldet
haben. Das Haus war noch ganz leer, als Motteler einem
diensthabenden Schriftführer seine Anmeldung überbrachte, während
Most im Augenblicke, wo der Präsident eintrat, demselben seine
Anmeldung übergab und mündlich in seinem und seines Kollegen
Namen um Berücksichtigung bat, da sie ein großes Interesse
hätten, bei der zweiten Lesung zum mindesten zum Worte zu ge-
langen, nachdem sie bei der ersten nicht reden durften.

Daß und wie es anders kam, berichten wir morgen, wägen sich
dann unsere Leser selbst darüber zurechtfinden, was es für eine
andere Bewandnis mit einer derartigen Handhabung der Geschäfts-
ordnung des Reichstags haben sollte, wenn es nicht darauf hinaus-
läufe, eine Minorität mit der Majorität ganz besonders ungenehmen
Grundsätzen nach innen und außen hin niederzuhalten. —
Wie lange diese Praxis sich bewähren wird, darüber später.

Politische Uebersicht.

— Es ist also glücklich vollbracht! Das Budgetrecht ist
„nur“ auf 7 Jahre verfaßt, und der Nationalliberalismus trübt
in die Welt hinaus: das „Prinzip“ sei gerettet und ein Conflict
vermieden! Ein Conflict vermieden — gewiß; das war aber von
Anfang an nicht zweifelhaft, denn zu einem Conflict gehören zwei,
Einer der angreift und Einer der Widerstand leistet, und der
Letztere schloß in diesem Fall — wenn man mit einem Säbel in
einem Topf voll Brei schlägt, so ist das doch kein Conflict. —
Allein „das Prinzip“ ist gerettet! Und wenn das Budgetrecht bloß
auf ein Jahr verschärfert worden wäre, so war das Prinzip mit
Haut und Haar geopfert, der Verrath vollständig. Halbes Ver-
rath giebt nicht, aus demselben Grund, warum es keine halbe
Ehrlichkeit gibt. Wer nicht ganz ehrlich ist, ist gar nicht ehrlich;
und wer den Verrath halbirt, macht sich nur die Mühe, ihn in
zwei Portionen verpeisen zu müssen.

In unseren Parteigenossen ist es jetzt, für die möglichste Be-
breitung der Abstimmungsliste zu sorgen. Wer zu dem Verrath
Ja gesagt hat und für eine Wählerschaft im Reichstage sitzt, die
nur einen Funken von Selbstständigkeit gefühlt, nur einen Schimmer
der Erkenntnis ihres Interesses hat, dem soll bei der nächsten Wahl
dieses Botum als Strick um den Hals gelegt, und damit seine
politische Hinrichtung vollzogen werden. Hier giebt keine „mit-
derenden Umstände“. Aus dem Munde der Verräther selbst wissen
wir, daß sie sich über die Tragweite ihres Verraths vollkommen
klar gewesen sind.

Und, wie bereits angedeutet ward, giebt es auch auf die ein-
scharfes Auge zu haben, die bei der entscheidenden Abstimmung
gefehlt. Schon mehrere Tage vorher meldeten die Blätter, es sei
beim Reichstagsbureau eine außergewöhnliche Zahl von Urlaubs-
gesuchen eingelaufen. Der Feigling, der eine Krankheit oder son-
stige Abhaltung erlügt, weil er sich fürchtet, entweder seine
Wähler oder die Nerven des Herrn Bismarck zu beleidigen, ist
um kein Haar breit besser als die offenen Verräther, im Gegen-
theil, seine Feigheit macht ihn noch verächtlicher.

(Die Wähler des Leipziger Landkreises seien einstweilen darauf
aufmerksam gemacht, daß Herr Heine unter den eifrigsten Ge-
burtshelfern des „Compromisses“ figurirt, wie man den schwach-
vollen Verrath zu taufen beliebt hat. Herr Heine hätte uns keinen
größeren Gefallen thun können: bei der nächsten Wahl wird der
Leipziger Landkreis einen Sozialdemokraten in den Reichstag schicken!
Herr Heine ist schon mit der Schmach beladen, daß das „Leipziger
Tageblatt“ ihm „Bravo!“ zuruft. Das genügt.)

Um die Jämmerlichkeit der von ihnen gespielten Rolle zu ver-
decken, suchen die Herren Nationalliberalen es so darzustellen, als
hätte die Regierung nur sehr widerstrebend in das „Compromiß“
gewilligt. Das Biebermann'sche Blatt läßt sich darüber folgenden
Anstich schreiben (Nr. 85, erste Berliner Correspondenz): „Es ist
erst jetzt bekannt geworden, daß der Vicepräsident des Staats-
ministeriums, der Finanzminister von Camphausen, seinen ganzen
Einfluß sowohl bei dem Kaiser als bei dem Reichskanzler
angeboten hat, um das Compromiß zu Stande zu bringen; seinen
Vorstellungen zufolge soll der allerdings überraschende Um-
schwung in dem anfänglich so unbegreiflichen Festhalten der
Regierung an der Vorlage zuzuschreiben sein; Thatsache ist ferner,
daß dieser Umschwung sich bei dem Besuche vollzog, durch
welchen der Kaiser den Fürst Bismarck am Donnerstag
auszeichnete.“ Im letzten Satz hat der Strichsarg vergessen, was
er zu Anfang über die konfliktlösende Thätigkeit des Herrn
Camphausen gesagt! Nach diesem nationalliberalen Mythos hat
der Drei über den Säbel gefestigt und ist Bismarck schmählich
geklopft, weil ihm — die Nationalliberalen freiwillig in den Sack
gesprungen sind! O heiliger Biebermann!

— Ein neuer Schwindel. Man übersendet uns ein Cir-
cular, welches, wie daraus verzeichnet, „nicht für die große Offen-
lichkeit bestimmt und darum vertraulich zu gebrauchen“, daher
für uns, vor deren Blicken es ausdrücklich verborgen bleiben soll,
von doppeltem Interesse ist. Wir finden darin folgende „Auf-
forderung“:

„Der Ausfall der jüngsten Wahlen zum Deutschen Reichstage
hat ein bedeutames Wachsen (Aho doch!) der Sozialdemokratie
in Deutschland konstatiert. Wenn einerseits dieser Erfolg der

extremen Arbeiterparteien wegen des oft unverzeihlichen Indifferen-
tismus oder einseitige Interessen verfolgenden Kastengeistes in den
Kreisen der Arbeitgeber nicht überraschen darf, so ist doch ander-
seits mit Ernst die gegenwärtige Situation und die daraus resul-
tierende wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes zu erwägen.
Wer da meint, die sozialistische Arbeiterbewegung habe namentlich
ihren Höhepunkt erreicht, verkennt den Charakter (Si! Ei!) der
Arbeiterführer; unterschätzt überhaupt die gesammte Parteithätigkeit
dieser Agitation. Wer im Vertrauen auf die Wachsamkeit der
Staatsanwaltschaft, auf die Strenge der Strafgesetze und
den Kern der bewaffneten Macht (Unseren Dank für diese
Bankrotterklärung des Polizei- und Militärstaates!) gleichgültig
dem Sichabspielen der Thatsachen zuschauen oder wohl gar vor-
nehm verächtlich über das Treiben der Sozialdemokraten die Achseln
zucken wollte, versäumt seine Pflicht der Nächstenliebe (Nachdem
die „Nächstenliebe“ mit Kanonen nichts genügt, muß man auf
anderen Schwindel verfallen. O diese Christen!) als Mitglied der
bürgerlichen Gesellschaft. Wer mit Gewalt Ideen und deren
Träger, selbst wenn sie an sich abstruse und verwerflich sind, zu
unterdrücken hofft, schwingt unwirksame Waffen. Wer den seg-
nenden Frieden zwischen Unternehmer und Lohnempfänger zu er-
halten strebt, darf behaupten, den Weitergang der Bewegung so,
wie er in Wirklichkeit geschehen wird, zu überschauen.

Rühren sich die Arbeitgeber nicht, verabsäumen sie ihre Pflichten,
stellen sie sich gar feindselig ihren Lohnempfängern gegenüber, so
wird die Sozialdemokratie extensiv und intensiv wachsen, und er-
muntert durch den gehaltenen Erfolg, werden ihre Agitatoren mit
Rücksichtslosigkeit und gewohnter Kühnheit nicht ermüden,
einen Stein zum andern, wenn auch langsam, zu ihrem Fundament
zu fügen. Die Bewegung wird geradezu unheilvoll für den ge-
sunden Fortgang unseres Wirtschaftslebens ausschlagen in dem
Maße besonders noch, wenn es ihr gelingt, in die ländlichen
Arbeiterkreise einzudringen und dort sich einzunisten.

Will man die elementaren Gewalten erst sich entseffeln lassen,
die Wohnstätten menschenverderbender Cultur zusammenstürzen sehen?
Fast scheint es so; denn bisher hat man die Arbeitnehmer wehr-
los (Diese armen Schlander!) den sozialdemokratischen Agitatoren
Preis gegeben, man überläßt letzteren als eine ihnen zugehörige
Domaine die Gemüther der Arbeiter zum Tummelplatz wilder
Anfeindungen gegen die Heiligkeit des Eigenthums, des Gesetzes
und der guten Sitte. Und doch vergesse man nicht, daß die revol-
utirenden Interessen Elemente unseres Volkes, lebendige Theile des
Gesamtnutzes sind, daß die wenigsten Einzelnen der Verderb-
lichkeit ihrer Handlungen sich bewußt, sondern durch die Nützlichkeit
der sozialdemokratischen Presse verführt sind. Wie Rhodus! Man
verabsäume nicht, jenen verführerischen Journalen eine gesunde
(„Gesund“! Man achte auf die Doctoren, welche diese „Gesundheit“
erhalten sollen!) volkswirtschaftliche Presse gegenüber zu stellen.

So lange der Krieg zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer
im Vorbereitungsstadium nur mit dem Wort geführt wird, ist das
Wort auch das Mittel der Versöhnung. Man hat vom „erlösen-
den Wort“ gesprochen. Ja, wo es dem Worte gelingt, mit über-
zeugender Kraft streitende Interessen zu einigen, da hat es in
Wahrheit erlösende Kraft und wird zur erlösenden That.

Es möge in Arbeitgeberkreisen die Nothwendigkeit anerkannt
werden, daß Etwas zur Hebung der volkswirtschaftlichen Presse
in Deutschland geschehen müsse; es möge der praktische Versuch
sobald, die gerügten Lücken in der deutschen Presse auszufüllen,
wohlwollenden Entgegenkommens Seitens der Industriellen sich zu
erfreuen haben.“

Der Leser wird nun so ziemlich gemerkt haben, um was es sich
handelt. Und richtig, das Circular kündigt „vertraulich“ an, daß
zu Ostern ein „handelspolitisches“ Organ mit dem Titel: „Der
Volkswirth, Zeitung für Handel, Gewerbe und die gesammte
Bodenproduction“, erscheinen wird, welches den nationalen Handel
und Wandel heben soll. Zugleich damit wird der „Volkswirth“,
Organ für soziale Fragen“, erscheinen, welcher dem „Volkswirth“
gratis beigelegt werden und namentlich den „bösen Einflüssen der
sozialdemokratischen Presse ein Gegengewicht bieten soll“. Und das
ganze soll jährlich „nur“ 8 Thaler kosten!

Unterzeichnet ist diese appetitliche Einladung von den künftigen
Redactoren dieser beiden Blätter, Dr. A. Schulz und Dr.
E. Wig.

Das Circular ist selbst so freundlich, die Schellenkappe zu
lüften, welche die freundliche hochpatriotische Einladung zu diesem
samosen Unternehmen bildet, und siehe da, wir schauen bekannte
Gesichter, wie wir erwartet. Acht Parlamentarier versprechen das
Unternehmen mit ihrem „Rathe“ zu unterstützen; sie nennen sich:

- Dr. A. Braun, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses. Berlin.
- Dr. Friedr. Aapp, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses. Berlin.
- Dr. von Kardorff-Padun, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses.
- Dr. B. Loewe, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses. Berlin.
- Ludolf Parisius, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses. Berlin.
- L. S. Seyffardt, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses. Breslau.
- Prof. Dr. J. S. Tackamp, Geh. Regierungsrath, Mitglied des Reichstages und des preussischen Herrenhauses. Berlin und Breslau.
- G. F. von Turub, Regierungs- und Baurath, Mitglied des Reichstages. Berlin.

